

Blick vom "Info-Gipfel" auf die "digitale Kluft": der UNO-Gipfel zur Informationsgesellschaft verhandelt über Nord-Süd-Ausgleich, Macht und Menschenrechte in der Welt von Internet und Co.

Hoffmann, Bert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hoffmann, B. (2003). *Blick vom "Info-Gipfel" auf die "digitale Kluft": der UNO-Gipfel zur Informationsgesellschaft verhandelt über Nord-Süd-Ausgleich, Macht und Menschenrechte in der Welt von Internet und Co.* (Brennpunkt Lateinamerika, 23). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-445303>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 23

10. Dezember 2003

ISSN 1437-6148

Blick vom „Info-Gipfel“ auf die „digitale Kluft“

Der UNO-Gipfel zur Informationsgesellschaft verhandelt über Nord-Süd-Ausgleich, Macht und Menschenrechte in der Welt von Internet & Co.

Bert Hoffmann

Mit dem ersten „Weltgipfel der Informationsgesellschaft“ vom 10.-12. Dezember in Genf rückt die UNO eines der großen globalen Themen ins Rampenlicht: Die sozialen und politischen Implikationen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Im Zentrum steht dabei das dramatische Nord-Süd-Gefälle in der Nutzung von Internet & Co. (die so genannte digital divide), aber auch die Frage nach einer adäquaten internationalen Governance-Struktur für das Internet und die Verteidigung von Meinungs- und Medienfreiheit in den neuen computernetzwerk-basierten Medien. Die teils scharfen Konflikte um diese Themen unterstreichen sowohl die zentrale entwicklungspolitische Bedeutung als auch die weitreichenden Folgen für nationale und internationale Politik, die mit den neuen Technologien verbunden sind. Der Genfer „World Summit on the Information Society“ (WSIS) forciert eine dringend notwendige Auseinandersetzung – die mit Sicherheit fortgesetzt wird.

Die „Digitale Kluft“: Das ganze Ausmaß der Ungleichheit

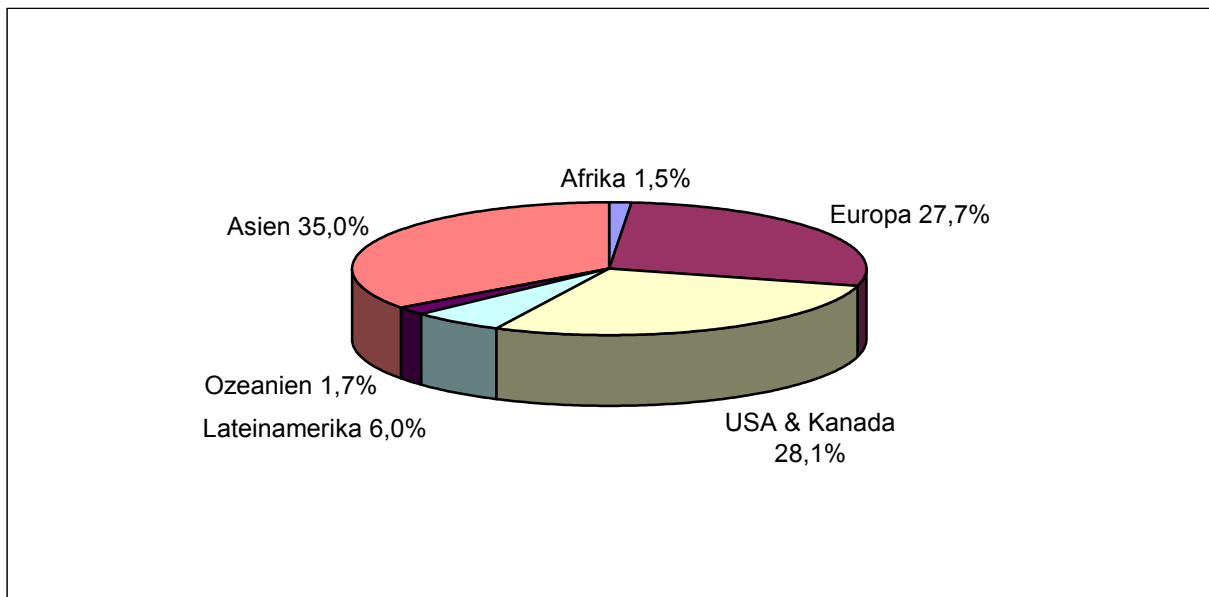
Die Dynamik der weltweiten Verbreitung der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (NIKT) ist zweifelsohne eindrucksvoll. Doch ist dieses Wachstum extrem ungleich verteilt. Die Abgründe dieser „digitalen Kluft“ zeigen die jüngsten Daten eindrucksvoll, die die *International Telecommunication Union* (ITU) in ihrem zum UNO-Gipfel erschienenen *World Telecommunication Development Report 2003* präsentiert.

Während in Deutschland fast ein Computer auf zwei Einwohner kommt, ist es in Honduras einer auf 73. Wenn in Norwegen die Hälfte der Bevölkerung das Internet nutzt, ist es in Haiti nicht einmal ein Prozent. Weltweit entfallen rund zwei Drittel der Internet-Nutzer auf die OECD-Staaten, während ganz Afrika nach wie vor nur 1,5% stellt. Mit 6% liegt auch Lateinamerika weit

unter seinem Anteil an der Weltbevölkerung (s. Grafik 1; Daten nach ITU 2003).

Die Daten für die Großregionen der Welt verbergen allerdings erhebliche Diskrepanzen innerhalb dieser Regionen. So ist in Europa ein starkes West-Ost-Gefälle unübersehbar. In Afrika entfällt mehr als die Hälfte aller Nutzer auf nur zwei Länder, Südafrika und Ägypten. Und Asien vereinigt OECD-Staaten wie Japan und Israel mit Ländern wie Bangladesch, Laos, Tadschikistan und vielen anderen, in denen nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung Zugang zu Internet und E-Mail hat. Die Spannweite innerhalb Lateinamerikas ist zwar weniger krass, aber immer noch groß, wie die Aufschlüsselung nach einzelnen Staaten in Tabelle 1 zeigt. Zwischen Spitzenreiter Chile, wo fast ein Viertel der Bevölkerung als Internet-Nutzer zählt, und Schlusslicht Haiti mit unter 1% liegen auch hier Welten.

Grafik 1: InternetnutzerInnen nach Weltregionen (Dez. 2003)



Quelle: ITU 2003.

Auch wenn die Nutzerzahlen zweifelsohne der am häufigsten benutzte Indikator für die Internet-Verbreitung sind, so sind all diese Daten gleichwohl mit Vorsicht zu genießen. Die ITU selbst räumt ein, dass es sich dabei nur um Annäherungswerte handelt. Gewichtiger aber noch ist ein viel grundlegenderes Problem: Der Begriff Nutzer erfasst in keinsten Weise Art und Qualität der Nutzung; ein „User“ ist da gleichermaßen der Intel-Manager mit 24-Stunden-Breitband-Zugang wie der Oberschüler in Nairobi, der alle zwei Wochen von einem Internet-Café aus E-Mails an den Schwager im Ausland schickt.

Diese Blindheit des Nutzer-Begriffs ist genau das Problem jener gerne zu hörenden Interpretation, dass die globale *digital divide* zwar immer noch gravierend sei, jedoch langsam, aber stetig abnehme: „The Third World is catching up“ (UNDP 2001: 40). Tatsächlich waren die so niedrigen Anteile Afrikas, Asiens und Lateinamerikas an den weltweiten Nutzerzahlen vor einigen Jahren noch niedriger. Doch wo die mit den NIKT verbundenen Funktionen so grundlegend verschieden sein können wie Fernsehzuschauer und Programmdirektor, führt ein platter Blick auf Nutzerzahlen in die Irre. Die ITU bilanzierte bereits in ihrem letztjährigen *World Telecommunication Development Report*: „Der Charakter der ‚digitalen Kluft‘ verschiebt sich, von Quantität zu Qualität.“ Und das *Information for Development Program* der Weltbank bilanzierte: „Alle Entwicklungsländer, selbst die Ärmsten, verbessern ihren Zugang und ihre Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. [...] Gleichwohl wächst die Kluft zwischen den rei-

chen OECD-Ländern und den armen Entwicklungsländern noch schneller [...]. Das Problem eines globalen Ausgleichs verschärft sich“ (Rodríguez/Wilson 2000: 3f).

Eine Vorstellung von dem Ausmaß dieser qualitativen Kluft in der Nutzung der NIKT gibt ein anderer Indikator: Die internationale Internet-Bandbreite, die auf die Menge des Datenflusses verweist. Und hier sind die Daten erschlagend: Die *bandwidth per capita* eines Landes wie Belgien ist 8.000 mal höher als die Boliviens, und 80.000 mal höher als die Bangladeschs (ITU 2002: 29). Die 400.000 Bürger Luxemburgs verfügen über mehr internationale Internet-Bandbreite als die 760 Millionen Einwohner Afrikas (ibid.).

Angesichts derartiger Diskrepanzen ist der Begriff der *digital divide* – wahlweise übersetzt als „digitale Kluft“, „digitale Spaltung“ oder „digitaler Graben“ – zu einer Art Leitmotiv in der internationalen Debatte geworden. Vorsicht ist allerdings geboten, denn wo der Begriff der *digital divide* tendenziell auf Zugang zu Computern und Netzwerken fixiert ist, impliziert er allzu oft auch einen technologisch verkürzten Zugriff – als ob es *digital solutions* gäbe. Doch das, was in Genf als „digitale Kluft“ verhandelt wird, ist letztlich nur Teil und Symptom des viel tiefer liegenden Gefälles zwischen Arm und Reich. Eine Studie des UN-Forschungszentrums UNRISD drehte diese Begrifflichkeiten unlängst um: Das Problem sei weniger die *digital divide*, sondern „the development divide in a digital era“ (Hewitt de Alcántara 2001) – mit anderen Worten, die sich in der NIKT-Nutzung widerspiegelnde Kluft im Entwicklungsniveau zwischen Nord und Süd.

Tabelle 1: Zentrale Internet-Indikatoren für Lateinamerika und die Karibik (Dez. 2002)
(Reihenfolge nach Anteil der Internet-Nutzer an Gesamt-Bevölkerung)

	Bevölkerung	Telefonanschlüsse ⁺		PCs	Internet-Hosts		Internet-Nutzer	
	absolut	absolut	pro 100 Einw.	pro 100 Einw.	absolut	pro 10.000 Einw.	absolut	% der Bev.
Chile	15.050.000	9.912.700	65,86	11,93	135.155	89,80	3.575.000	23,75
Jamaika	2.620.000	1.850.000	70,66	5,39	1.276	4,87	600.000	22,91
Puerto Rico	3.860.000	* 2.540.600	66,20	k.A.	871	2,26	* 600.000	15,63
Guyana	880.000	79.900	19,08	2,73	63	0,72	125.000	14,22
Uruguay	3.380.000	1.598.500	47,22	11,01	78.660	232,38	* 400.000	11,90
Argentinien	36.600.000	14.509.400	39,64	8,20	495.920	135,50	4.100.000	11,20
Trinidad/Tobago	1.300.000	687.000	52,78	7,95	7.209	55,39	138.000	10,60
Peru	26.750.000	4.073.100	15,23	5,56	19.447	7,27	2.500.000	9,34
Costa Rica	4.140.000	1.497.700	36,15	19,72	7.725	18,65	* 384.000	9,33
Antigua & Barbuda	80.000	* 62.300	80,42	k.A.	622	79,74	* 7.000	9,04
Belize	250.000	83.800	33,12	13,83	1.498	59,21	22.000	8,69
Brasilien	173.880.000	73.691.000	42,38	7,48	2.237.527	128,68	14.300.000	8,22
Bahamas	310.000	248.300	79,59	k.A.	32	1,03	21.200	6,79
Grenada	110.000	41.100	38,77	13,21	14	1,32	6.500	6,13
Barbados	270.000	* 182.100	67,86	10,41	160	5,95	* 15.000	5,59
Venezuela	25.200.000	9.305.300	36,92	6,09	24.138	9,58	1.274.400	5,05
El Salvador	6.460.000	1.556.500	24,10	2,52	269	0,42	300.000	4,64
Mexiko	101.880.000	40.869.900	40,12	8,20	1.107.795	108,74	4.663.400	4,57
Kolumbien	43.290.000	12.363.000	28,56	4,93	55.626	12,85	1.982.000	4,57
Panama	3.010.000	936.400	31,15	3,83	7.393	24,59	120.000	4,13
Ekuador	12.940.000	2.987.000	23,08	3,11	2.648	2,05	503.300	3,88
Dom. Republik	8.710.000	2.609.600	29,97	k.A.	45.508	52,26	300.000	3,44
Guatemala	12.000.000	2.423.100	20,20	1,44	9.789	8,16	400.000	3,33
Surinam	450.000	* 164.400	37,36	4,55	24	0,54	* 14.500	3,30
Bolivien	8.340.000	1.436.600	17,22	2,28	1.413	1,69	270.000	3,23
Honduras	6.710.000	649.000	9,67	1,36	160	0,24	200.000	2,97
Paraguay	5.780.000	1.940.200	33,56	3,46	4.351	7,53	100.000	1,72
Nikaragua	5.370.000	411.600	7,66	2,79	3.370	6,28	90.000	1,67
Kuba	11.280.000	* 583.000	5,19	3,18	1.133	1,00	* 120.000	1,06
Haiti	8.300.000	270.000	3,25	k.A.	-	-	80.000	0,96
Lateinamerika Gesamt	529.200.000	186.030.700	35,2	6,6	4.249.796	80,3	35.670.800	6,7

+ Festnetzanschlüsse plus Mobiltelefone.

* Angaben von Dez. 2001.

Quelle: ITU 2003.

Anmerkung: Bei den Daten für Host-Rechner und Internet-Nutzer handelt es sich um Schätzwerte. Von den karibischen Inselstaaten mit einer Bevölkerung von unter einer Million ist nur eine Auswahl aufgeführt.

Internet für alle – Telecenter als Schlüssel?

Hinter den regional und national aggregierten Daten verbergen sich allerdings noch weitere Diskrepanzen innerhalb einzelner Regionen und Länder entlang sozialer und räumlicher Trennlinien. So konzentriert sich die NIKT-Nutzung in der Dritten Welt in einem hohen Maße auf die städtischen Zentren, während ländliche Gegenden oft nur spärlich und schlecht, teilweise auch überhaupt nicht an Telefonnetz und Internet-Verbindungen angeschlossen sind. Auf der sozialen Ebene zeigt sich eine ausgeprägte Korrelation zugunsten der relativ wohlhabenden und gebildeten Schichten, kombiniert mit einer Schiefelage zuungunsten von Frauen sowie älteren Menschen. Der typische Internet-Nutzer in Lateinamerika, bilanziert eine Studie, sei „Stadtbewohner, männlich, weiß, mittleren Alters, gehöre zur Oberschicht und habe leidliche Englischkenntnisse“ (Gómez 2000: 73).

Wenn die digitalen Technologien diese ökonomischen und sozialen *divides* überwinden sollen, dann wird dies nicht technologische Innovationen, sondern auch – und vielleicht vor allem – soziale und politische Antworten erfordern. Das Modell des Nordens, bei dem (neben der Verwendung im Arbeitsprozess) individueller PC-Besitz und individuelle Nutzung in den eigenen vier Wänden Norm ist, zementiert in ärmeren Ländern den sozialen Ausschluss breiter Bevölkerungsteile von der Nutzung der NIKT, denn die Kosten für Hard- und Software, Telefongebühren und Wartung wären prohibitiv hoch. Um hier eine Verbreitung des Zugangs jenseits der Oberschichten zu erreichen, sind öffentliche Zugangszentren essentiell. Neben privatwirtschaftlichen „Internet-Cafés“, die zumeist auf die vergleichsweise zahlungskräftige Klientel in den Städten und in Touristenzentren orientiert sind, stehen unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten insbesondere jene „Telecenter“ im Vordergrund, die in der Regel als *Non-profit*-Einrichtungen von kommunalen Trägern oder von NGOs betrieben werden, teils mit, teils ohne staatliche Unterstützung.

Ein beispielhafter Fall für den Erfolg der *Telecentros* war die Verbreitung von öffentlichen Internet-Zugängen in Peru durch die frühe und dynamische Etablierung von Telecentern durch das Peruanische Wissenschaftsnetz, die *Red Científica Peruana* (RCP) seit Mitte der 90er Jahre; mit einer starken Betonung auf die soziale Einbettung dieser so genannten *cabinas públicas* auch in ländliche, quechuasprachige Gemeinden sowie begleitenden Schulungsprogrammen. Verbunden war dies zudem mit einem bemerkens-

werten Franchising-Konzept, das das Eröffnen einer *cabina pública* als Kleinunternehmen attraktiv machte, diese aber gleichzeitig in die entwicklungspolitischen Intentionen des RCP einband – womit das peruanische Modell auch zeigte, wie fließend der Übergang zwischen kommerziellem Internet-Café und *Non-profit*-Telecenter in der Praxis sein kann.

Die Voraussetzungen Perus waren ausgesprochen schwierig, vom niedrigen Pro-Kopf-Einkommen über die Mehrsprachigkeit bis zur für Telekommunikationsinfrastruktur denkbar kostspieligen Topographie der Anden. Gleichwohl ist Peru heute ein Land, das in Sachen Internet-Verbreitung zur Spitzengruppe des kontinentalen Lateinamerika gehört (s. Tabelle 1) – und das nicht nur doppelt so viele „Nutzer pro 100 Einwohner“ wie Mexiko oder Kolumbien aufweist, sondern das vor allem dadurch aus der Norm fällt, dass es in der Tat eine breite und selbstbewusste Beteiligung der unteren sozialen Schichten und der ländlichen, stark indigen geprägten Gemeinden aufweist (ausführlicher zum Fall Peru vgl. Herzog/Hoffmann/Schulz, Bd. III).

In der Entwicklungszusammenarbeit ist in den letzten Jahren ein wahrer Boom im Bereich der Förderung von Telecentern zu verzeichnen. Um die NIKT im Sinne sozialer Entwicklung zu nutzen, ist der technische Zugang allerdings nur die notwendige, nicht aber die hinreichende Bedingung. Zentral für den Erfolg von Projekten öffentlicher Telecenter ist ihre Verankerung in bestehende soziale Strukturen und die Integration der Technologien in bestehende soziale Praktiken und Arbeitsabläufe. Hierauf aufbauend und mit Blick auf die Ziele sozialer Entwicklung und „Empowerment“ haben engagierte Sozialwissenschaftler aus Lateinamerika¹ ein dreistufiges Schema für NIKT-Nutzung entwickelt, das über den technologischen „Anschluss“ hinausweist:

- a) Sozial ausgewogener Zugang (*acceso equitativo*): Neben materieller Verfügbarkeit zu erschwinglichen Kosten umfasst dies insbesondere Bildungsmaßnahmen und eine Gestal-

¹ Dieses Konzept geht zurück auf einen Text von Kemly Camacho (2001) und wurde seitdem vielfach aufgegriffen, insbesondere in den Diskussionen und Positionspapieren des lateinamerikanischen Internet-Forums MISTICA (Metodología e Impacto Social de las Tecnologías de la Información y de la Comunicación en América); s. auch Gómez/Martínez (2001) sowie MISTICA (2002). Siehe auch die Diskussionen im Rahmen des Zusammenschlusses lateinamerikanischer Telecenter-Initiativen namens „Somos@Telecentros“ (www.tele-centros.org).

tung des Zugangsortes, die einen Zugang ungeachtet von sozialem Status, Geschlecht, Sprache oder ethnischer Zugehörigkeit real gewährleisten kann.

- b) Bewusste Nutzung (*uso con sentido*): Die Fähigkeit, die Ressourcen der NIKT gezielt zu benutzen und mit anderen Formen der Kommunikation zu kombinieren; dies umfasst auch die Produktion und Publikation eigener Inhalte.
- c) Soziale Aneignung (*apropiación social*): Die selbstbewusste Verwendung der Möglichkeiten der NIKT zur Gestaltung des täglichen Lebens, zur Veränderung der Lebensbedingungen und zur Lösung konkreter Probleme. Mit einem Beispiel gesprochen: Das Ziel wäre erreicht, wenn nicht nur ein Computer in der Schule steht und die Lehrer nicht nur gelernt haben, damit umzugehen, sondern wenn als Ergebnis tatsächlich Unterricht und Schulbildung besser geworden sind.

Viele der derzeit mit erheblichen Entwicklungshilfegeldern in Gang gesetzten Telecenter-Initiativen genügen diesen Ansprüchen in der Praxis nur teilweise. Ein besonders prominentes Negativbeispiel bietet das mit hohem Finanzaufwand und großer internationaler Beachtung lancierte LINCOS-Programm. Es lässt Schlimmes befürchten, wenn ausgerechnet der Initiator eines dermaßen technologie-fixierten Projekts, Costa Ricas Ex-Präsident José María Figueres, inzwischen zum obersten Repräsentanten der Vereinten Nationen für die Informations- und Kommunikationstechnologien avanciert ist (s. Kasten auf Seite 240-241).

Meinungsfreiheit versus Nord-Süd-Ausgleich: Anklänge an die Debatte der 70er Jahre

Bereits im Vorfeld war der Genfer Gipfel von harten politischen Konflikten geprägt. Erst nach zähen Nachtsitzungen konnten die Vorbereitungssitzungen schließlich doch noch Formelkompromisse für die Abschlusserklärung finden, die einen peinlichen Eklat vermieden.

Im Prinzip beginnt der Streit um den Genfer Gipfel schon bei der Frage seines zentralen Themas. Von seiner Konzeption her und auch in der Wahrnehmung einer breiten Öffentlichkeit war dies eben jene „digitale Kluft“, deren Ausmaß zu Beginn dieses Brennpunkts skizziert wurde – letztlich also ein Gipfel zu Entwicklung und Nord-Süd-Ausgleich.

Vor allem die Länder des Nordens rückten allerdings ein anderes Thema in den Vordergrund: Die Verteidigung von Meinungsfreiheit, Men-

schenrechten und Pluralismus im globalen Medium Internet. Nun hatten uns in den letzten Jahren ja ganze Stapel von Büchern erklären wollen, dass das Internet und die „Informationsrevolution“ auch in der Politik alle bisherigen Strukturen umstürzen würden. Stattdessen konnte man nun staunend erleben, in welchem Maße die Debatte um die „Weltinformationsgesellschaft“ im Jahr 2003 an die Grabenkämpfe der 70er und 80er Jahre erinnert, als die Staaten der Dritten Welt die Forderung nach einer „Neuen Weltinformationsordnung“ (NWICO) auf die Bühne der internationalen Politik brachten.

Der Norden weigerte sich damals hartnäckig, seine Dominanz über die globalen Medien substantiell infrage stellen zu lassen – und er konnte dabei in der Tat darauf verweisen, dass viele Regierungen des Südens zwar die Befreiung aus post-kolonialen Abhängigkeiten postulierten, in der Praxis aber vor allem daran interessiert waren, im Namen „nationaler Mediensouveränität“ oppositionelle Stimmen in ihren jeweiligen Gesellschaften kurz zu halten.

Globale Verteilungsgerechtigkeit und Abbau der Nord-Süd-Hierarchien versus Medienpluralismus und Marktliberalismus – diese Konfliktkonstellation der 70er Jahre erscheint in Genf nun nachgerade in einer *Reloaded*-Fassung. Am prominentesten übernimmt dabei China die Rolle des politischen Herausforderers, der zwar mit Macht neue Technologien fördert, aber gleichzeitig im Namen nationaler Souveränität sein Recht verteidigt, auch das Internet zu zensieren.

Eines der umstrittenen Themen des UNO-Gipfels ist die Einrichtung eines „Fonds für Digitale Solidarität“. Insbesondere die Länder Afrikas und Vertreter der Zivilgesellschaft haben in Genf verlangt, dass die reichen Länder ihren rhetorischen Bekenntnissen zu globalem Ausgleich und „digitaler Inklusion“ auch einen entsprechenden Griff ins Portemonnaie folgen lassen. Die USA, Japan und die EU lehnten dies ab.

Dass tatsächlich die Kräfte des Marktes, so man sie nur lässt, eine zwischen armen und reichen Ländern ausgewogenere Verteilung des Zugangs zu den Ressourcen der „Informationsgesellschaft“ schaffen würden, darf allerdings in der Tat bezweifelt werden. Doch auch wenn ein substantielles und dauerhaftes Finanzierungsmodell zur Unterstützung der Länder des Südens geboten scheint, dann bleibt doch immer auch danach zu fragen, wie und wofür diese Gelder denn eingesetzt werden sollen. Nicht zuletzt Erfahrungen wie die des LINCOS-Projekts zeigen eindrücklich, wie auch mit viel Geld nur wenig entwicklungspolitisch Sinnvolles erreicht werden kann.

LINCOS: Besuch bei einem Modell

Die UNO hat einen Sonderbeauftragten zur Überwindung der „digitalen Kluft“. Dieser hat ein Modellprojekt – und das ist entwicklungs- und politisch ein Desaster. Ein Befund vor Ort

Das also ist das Modell: Links Kaffeeplantagen, rechts das Fußballfeld des Dorfes, dazwischen ein strahlend weißer Container. LINCOS steht drauf, für „Little Intelligent Communities“, und dieser Container in San Marcos de Tarrazú, im Bergland von Costa Rica, soll das Paradebeispiel dafür sein, wie die Blüten der Informationsgesellschaft noch bis in das abgelegenste Dorf gebracht werden können. Die Federführung für das Projekt liegt bei José María Figueres, der in den 90er Jahren Costa Ricas Präsident war, und der jetzt der „Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für die Informations- und Kommunikationstechnologie“ ist, sozusagen der „Mister Internet“ der Weltorganisation. Die LINCOS waren seine Visitenkarte für den Karrieresprung. Ein Projekt also, das einen näheren Blick lohnt.

Der LINCOS in San Marcos war der erste, der in Dienst ging: Ein recycelter Schiffscontainer, entworfen vom renommierten *Massachusetts Institute of Technology* in Boston und vollgestopft mit allem, was die digitale Wundertüte hergibt, von Internet-Terminals bis zum digitalen Radiosender, von Satellitenfax bis Telemedizin, all dies in *state of the art*-Technologie, gesponsort von den üblichen Verdächtigen, deren Logos auf der Container-Wand prangen: Intel, Microsoft, Hewlett Packard, etc. Mit genügend Geld wurden Journalisten aus aller Welt eingeflogen, und es hagelte euphorische Artikel, noch bevor das Pilotprojekt überhaupt richtig zu arbeiten anfing.

Drei Jahre nach der Einweihung ist der Befund deprimierend. In San Marcos de Tarrazú sind die teuren Geräte für Telemedizin noch nie benutzt worden, ebenso wenig das auf engstem Raum untergebrachte Computer-Labor für Bodenproben oder die digitale Radiostation. Für all dies bedarf es schließlich nicht nur eines technologischen *CARE*-Pakets, sondern der Aufnahme der Technologien durch soziale Strukturen, die mit ihnen arbeiten und sie nutzen. Doch Figueres' LINCOS-Projekt interessierte nicht, ob es in der Gemeinde eine Gruppe gab, die kommunales Radio machen wollte. So steht nun die Ausrüstung da und macht Eindruck auf Besucher, sonst nichts. Oder die Telemedizin; zum einen ist sie vielleicht ohnehin nicht das dringendste in Gegenden, in denen es an der Grundversorgung mangelt. Doch wenn, dann hat medizinische Hightech nur Sinn in den Händen von medizinisch geschultem Personal; sie gehört in die nächstgelegene Gesundheitsstation, nicht in ein Allzweck-Gemeindezentrum. Gerade dass



Der Container wird transportiert

Foto: LINCOS



Der LINCOS-Container in San Marcos de Tarrazú, Costa Rica

Foto: LINCOS

die LINCOS-Container wie ein Schweizer Taschenmesser auf engstem Raum Werkzeuge für nachgerade alle Lebensfragen bereithalten, hat viele Besucher so beeindruckt; sinnvoll für die Nutzer ist es nicht.

Was im costaricanischen San Marcos tatsächlich genutzt wird, sind die sechs Computerarbeitsplätze, sowohl für Schulungsmaßnahmen wie für die individuelle Nutzung. Bei letzterer stehen, so die LINCOS-Mitarbeiterin vor Ort, E-Mail-Kontakte mit Verwandten im Ausland sowie Internetangebote zu Fußball, Kochrezepten oder Spielen im Vordergrund. Warum auch nicht. Nur hätte dafür auch ein einfaches Telecenter, wie die zumeist von NGOs oder kommunal organisierten Internet-Zugangszentren in der Dritten Welt genannt werden, gereicht, und es hätte nicht einmal ein Zehntel der Hightech-Container aus Boston gekostet.

Dabei präsentiert sich das Recycling der ausrangierten Schiffscontainer ja als clevere und kostensparende Idee. Der Container ist das unverzichtbare Markenzeichen der LINCOS, es symbolisiert universelle Einsetzbarkeit genauso wie stählerne Unverwundbarkeit. Doch so robust ein Container auch sein mag, als Gebäude in tropischen Ländern ist er eine Katastrophe, da die Sonnenstrahlen das Metallgehäuse so aufheizen, dass der Raum darin zum Brutofen wird. So ist für die LINCOS-Container als Sonnenschutz noch eine dreimal so große Zeltdachkonstruktion nötig, deren Kosten allein den Bau eines Steinhauses mit ortsüblichen Mitteln weit übersteigen. Dennoch ist der Container der Schlüssel zum Erfolg bei Medien, Institutionen und Geldgebern im Norden – nicht obwohl, sondern gerade weil mit ihnen eine so klare Abgrenzung zur Umgebung markiert wird. Das komplexe Problem, wie die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in ländliche Gemeinden der Dritten Welt mit niedrigem Bildungsniveau und großer Armut zu integrieren sind, findet hier eine rein technische Antwort, konkret fass- und vorzeigbar in einer Metallbox von 8 mal 2,40 Metern.

Das Verhältnis von Mitteleinsatz zu Wirkung ist bei den LINCOS-Containern absurd. Gerade die am stolzesten vorgeführte Hightech-Ausstattung ist in der Praxis am nutzlosesten. Dennoch ist ein genügend großer Teil des Establishments der internationalen Organisationen und der *Global players* der IT-Industrie begeistert von einem solch technikfixierten Projekt, bei dem die Einbettung in die lokalen Strukturen hoffnungslos zweitrangig ist.

Die Konzeption der LINCOS blendet alle Diskussionen der letzten 20, 30 Jahre um sozial angepasste Technologie aus. Ihren Initiator, José María Figueres, hat sie damit zum Top-Repräsentanten der UNO in dieser Materie qualifiziert.

Wer regiert das Internet?

Nicht nur beim Geld, auch bei der Frage, wer das Internet regiert, sind die Fronten solide verhärtet. Denn das Internet regiert sich keinesfalls selbst, wie oft gerne glauben gemacht wird. Es gibt selbstverständlich eine oberste Instanz, die darüber entscheidet, ob etwa Palästina oder Tibet eine eigene Länder-Domain führen dürfen (Palästina darf, Tibet nicht), oder welche technologischen Standards verwendet werden (und welche nicht). Diese Instanz ist die von der US-Regierung gegründete *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* (ICANN), die als Unternehmen mit Sitz in Kalifornien organisiert ist und weder der UNO noch sonst einer Institution der internationalen Staatengemeinschaft Rechenschaft schuldig ist (vgl. Hofmann 2000).

Wo nun die UNO zum Genfer Gipfel geladen hat, erscheint der Vorschlag nur allzu plausibel, auch die zentralen *Governance*-Strukturen des Internet unter das Dach der Vereinten Nationen zu stellen, etwa der zum UNO-System gehörenden *International Telecommunication Union* (ITU), die auch als Ausrichter des WSIS firmiert. Doch nicht nur die USA, auch die EU will davon nichts wissen. Der Status quo garantiert eine Netz-Hoheit im Sinne der westlichen Industrieländer, vom Meinungspluralismus im westlich-liberalen Verständnis über die Betonung marktwirtschaftlicher Strukturen bis hin zur Wahrung strategischer und militärischer Interessen namentlich der US-Regierung (die im Irak-Krieg davon auch Gebrauch machte).

Solche Argumente wiegen für die Regierungen zwischen Washington und Brüssel allemal schwerer als der Anspruch, bei dem „Weltgut Internet“ eine zumindest halbwegs an globaler Demokratie orientierte Regulierungsform zu finden. Zumal – und auch dies erinnert an die Debatte der 70er Jahre – auch die zivilgesellschaftlichen Akteure in den Ländern des Südens genügend Gründe zur Skepsis haben, ihren Regierungen allzu viel Kontrolle über das Internet zu übertragen.

Letztlich richten sich die Regierungen aus Nord und Süd in dieser falschen Alternative nur allzu bequem ein. Die Staaten des Südens können darauf verweisen, dass es der reiche Norden war, der bei der Abgabe von Ressourcen und undemokratischen Machtstrukturen gemauert habe; und die Industrieländer können für sich ins Feld führen, Meinungsfreiheit und Menschenrechte vor den autoritären Regierungen diverser Couleur gerettet zu haben – und en passant haben sie ihre

Finanzminister vor größeren Geldzusagen bewahrt. Patt in Genf also.

Am Ende wird sich der WSIS-Gipfel in der Frage der *Governance*-Strukturen für das Internet wohl schlicht vertagen. Der Entwurfs-Fassung zufolge wird die Grundsatzerklärung UN-Generalsekretär Kofi Annan auffordern, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die bis zum Jahr 2005 Vorschläge zu möglichen Alternativen zur gegenwärtigen ICANN-Struktur machen soll. Praktikabel wird dieses „Prinzip Vertagen“ bei dieser wie auch bei anderen strittigen Fragen insbesondere dadurch, dass der WSIS-Gipfel von vornherein als zweistufiger Prozess angelegt wurde. Dem jetzigen Treffen in Genf soll ein zweiter Gipfel in Tunis im November 2005 folgen.

Für die Vereinten Nationen ist die Ausrichtung des Weltinformationsgipfels nicht zuletzt der Versuch, als Institution wieder mehr Gewicht in Bereich zu beanspruchen, in dem die angestammten Institutionen des UNO-Systems wie die *International Telecommunication Union* (ITU), die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) sowie die *World Intellectual Property Organization* (WIPO) erheblichen Teil ihrer Kompetenzen verloren hat, nicht nur an ICANN, sondern auch an die Welthandelsorganisation (WTO) und andere Gremien außerhalb des UNO-Rahmens (vgl. Ó Siochrú / Girard 2002). Inwieweit dies gelingt, und welche Dynamik ein über zwei, drei Jahre hingezogener Gipfel-Prozess entwickeln kann, bleibt fraglich.

Die deutsche Position

Der erhoffte Zuwachs an politischem Gewicht der UNO in Sachen Informations- und Kommunikationstechnologien erhielt in Genf bereits dadurch einen Dämpfer, dass viele Regierungschefs aus den Ländern des Nordens dem Treffen fernblieben und nur Vertreter schickten. Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte seine geplante Teilnahme wegen innenpolitischer Prioritäten ab.

Politisch symptomatischer aber ist es, dass die Bundesregierung bereits lange zuvor die Zuständigkeit für den Weltinformationsgipfel nicht dem Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit übergab, das der natürliche Ort für Nord-Süd-Fragen wäre, sondern dem Wirtschaftsministerium, dessen zentrales Anliegen, so seine Selbstbeschreibung, „der wirtschaftliche Wohlstand in Deutschland“ ist (www.bmwi.de). Beispielhaft für den marktliberalen Zugang, den Deutschland in Genf vertrat, heißt es im Positionspapier der Bundesregierung (zitiert nach BMWA 2003: 3):

„Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass die sog. Digitale Kluft in erster Linie durch das Engagement des privaten Sektors zu überwinden sein wird. Länder, die faire Wettbewerbsbedingungen durch Privatisierung und Regulierung ihrer IKT-Märkte geschaffen haben, sind attraktiv für private Investitionen, mit denen auch die IKT-Infrastruktur verbessert wird.“

Ein bemerkenswertes Novum im Umgang mit derartigen Konferenzen war zweifelsohne die Aufnahme von insgesamt sechs Vertretern der Zivilgesellschaft in die offizielle Regierungsdelegation. Dies sind:

- Jeanette Hofmann, Wissenschaftszentrum Berlin
- Georg Greve, Free Software Foundation Europe
- Heike Jensen, Terre des Femmes und Virtuelle Frauenuniversität Berlin
- Rainer Kuhlen, Universität Konstanz und Nethics e.V.
- Annette Mühlberg, Ver.di Bundesvorstand
- Ralf Bendrath, Forschungsgruppe Informationsgesellschaft und Sicherheitspolitik (FoG:IS), Universität Bremen und Redakteur von worldsummit2003.de.

Auch über Deutschland hinaus hat der WSIS-Gipfel dazu geführt, dass die zivilgesellschaftlichen Gruppen zu einem zentralen Akteur auf der internationalen Bühne geworden sind – und dies in einem Bereich, in dem ein solches Engagement noch bis vor kurzem die Sache von wenigen Computer-Freaks und Spezialisten schien. Dabei verfolgen die in Sachen Internet und Kommuni-

kationsrechte engagierten NGO-Vertreter eine zweigleisige Strategie. Während sie zum einen Mitsprache im offiziellen *Summit* einfordern, haben sie mit einer Fülle von eigenen Veranstaltungen eine Art Parallelgipfel organisiert und eine eigene Grundsatzerklärung verabschiedet.

Derweil wirft, noch bevor der Genfer WSIS-Gipfel begonnen hat, bereits der Folge-Gipfel in Tunis schwere Schatten voraus. Gegen die Wahl des Gastgeberlandes hatte es dabei von Anfang an Unmut gegeben, da das von einem Präsidenten auf Lebenszeit regierte Tunesien kaum als Muster rechtsstaatlicher Demokratie gelten kann. Eine Zuspitzung erfuhr dies Ende September, als mit General Habib Ammar just ein ranghoher Militär und ehemaliger Innenminister des Landes zum Koordinator des Gipfel-Treffens ernannt wurde, dem Folter und schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. In einer öffentlichen Erklärung (www.iris.sgdg.org/actions/smsi/hr-wsis) drückten 44 Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft ihre Empörung über diese Ernennung aus. Sie sehen in ihr nicht nur einen politischen Affront, sondern auch eine Bedrohung der Legitimität und der Wirksamkeit des gesamten WSIS-Prozesses. Denn sie befördert gerade jene fatale Konstellation, in der die beiden zentralen Ziele des Gipfels – die Überwindung der „digitalen Kluft“ und die Garantie der Menschen- und Freiheitsrechte in der Informationsgesellschaft – gegeneinander ausgespielt, anstatt, wie es die Zivilgesellschaftsvertreter fordern, als untrennbare Bestandteile globaler Demokratie betrachtet werden.

Literatur:

BMWA – Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2003): Chancengleichheit in der globalen Informationsgesellschaft. Deutsches Positionspapier zum ersten Segment des VN-Weltgipfels „Informationsgesellschaft“ (Draft-Version, 1.12.03).

Camacho, Kemly (2001): Internet, ¿una herramienta para el cambio social? Elementos para una discusión necesaria, San José (Costa Rica): Fundación Acceso; <http://www.acceso.or.cr/publica/telecom/conocimiento22.shtml>.

Gómez, Ricardo (2000): The Hall of Mirrors. The Internet in Latin America; in: Current History, February 2000, S. 72-77.

Gómez, Ricardo / Martínez, Juliana (2001): The Internet... why? And what for? Thoughts on Information and Communication Technologies for Development in Latin America; San José (Costa Rica): Fundación Acceso, in cooperation with IDRC (Canada); <http://www.acceso.or.cr/PPPP/ITU2002>.

Herzog, Roman / Hoffmann, Bert / Schulz, Markus (2002): Internet und Politik in Lateinamerika. Regulierung und Nutzung der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Transformationen (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerikakunde, Hamburg; Band 55); Frankfurt am Main: Vervuert.

Hewitt de Alcántara, Cynthia (2001): The Development Divide in a Digital Age; United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), Technology, Business and Society Programme Paper Number 4, August 2001; Geneva: UNRISD.

Hofmann Jeanette (2000): Und wer regiert das Internet? Regimewechsel im Cyberspace. in: Kubicek, Herbert et al. (eds.): Global@home. Informations- und Dienstleistungsstrukturen der Zukunft. Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 2000; Heidelberg: Hüthig: 67-78.

- ITU (2003) World Telecommunication Development Report 2003: Access Indicators for the Information Society; Geneva: ITU.
- ITU [International Telecommunication Union] (2002): World Telecommunication Development Report 2002: Reinventing Telecoms; Geneva: ITU.
- ITU (2003): World Telecommunication Development Report 2003: Access Indicators for the Information Society; Geneva: ITU.
- MISTICA (2002): Trabajando la Internet con una visión social [trabajo colectivo de la Comunidad Virtual Mistica];
http://funredes.org/mistica/castellano/ciberoteca/tema-tica/esp_doc_olist1.html.
- Ó Siochrú, Seán / Girard, Bruce (2002): Global Media Governance (Concepts in Critical Media Studies Series); Lanham, Md.: Rowman & Littlefield.
- Rodríguez, Francisco / Wilson, Ernest J., III (2000): Are Poor Countries Losing the Information Revolution? InfoDev Working Paper,
<http://www.infodev.org/library/WorkingPapers/wilsonrodriguez.doc>.
- UNDP [United Nations Development Program] (2001): Human Development Report 2001: Making New Technologies Work for Human Development, Oxford/New York: Oxford University Press.

Aktuelle Berichterstattung zum WSIS im Internet:

Die offizielle Homepage des *World Summit*: www.itu.int/wsis
 hier sind die offizielle Abschlusserklärung („Declaration of Principles“) und der verabschiedete „Aktionsplan“ zunächst als Draft-Fassung und nach Verabschiedung im endgültigen Wortlaut abzurufen.

Das Programm der aus Deutschland organisierten Veranstaltungen am WSIS steht unter www.germany-at-wsis.info.

Deutsche Zivilgesellschaftskampagne zum WSIS (in Kooperation mit Heinrich-Böll-Stiftung):
www.worldsummit2003.de (hier auch ein Link zur „Civil Society Declaration to the World Summit on the Information Society“ vom 8. Dezember).

Zivilgesellschaftlicher WSIS-Koordinierungskreis: <http://www.wsis-koordinierungskreis.de>

Heise Online (ein Nachrichtendienst zu allem, was mit NIKT zu tun hat, zurzeit mit aktuellen Berichten vom WSIS): www.heise.de

WSIS-Seite der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und von politik-digital.de:
<http://www.gipfelthemen.de>.

Berichte, Stellungnahmen und Diskussionen zum WSIS aus Lateinamerika:

Latinoamérica en la Cumbre Mundial de la Sociedad de la Información (APC):
<http://lac.derechos.apc.org/wsis/>

Del otro lado de la Brecha: Perspectivas Latinoamericanas y del Caribe ante la CMSI (REDISTIC): <http://redistic.org/indexj.htm?body=proyectosjes>

Internationale Institutionen:

ITU – *International Telecommunication Union* (<http://www.itu.int>)

ICANN – *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* (<http://www.icann.org/>)

Information for Development Program der Weltbank (<http://www.infodev.org/>)

UNESCO – *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (<http://www.unesco.org>)

UNRISD – *United Nations Research Institute for Social Development* (www.unrisd.org)

Auswahl wichtiger NGO-Sites zu Internet und Entwicklung in Lateinamerika:

Funredes – *Fundación Redes y Desarrollo* (<http://www.funredes.org>)
 Lateinamerika-weit arbeitende NGO mit Sitz in der Dominikanischen Republik; auch Heimat der *Comunidad Virtual MISTICA* (<http://funredes.org/mistica/>)

REDISTIC – *Red Sobre el Impacto Social de las TIC* (<http://redistic.org/>)

APC – *Association for Progressive Communication / Asociación para el Progreso de las Comunicaciones* (<http://www.apc.org/>; zweisprachig englisch und spanisch)

RCP – *Red Científica Peruana* (<http://www.rcp.net.pe/>)

Función Acceso (Costa Rica) (<http://www.acceso.org/>)

Eine Link-Liste zu „Networking in Latin America“ bietet auch das *Latin American Network Information System* (LANIC) der University of Texas unter: <http://lanic.utexas.edu/la/region/networking/>

Forthcoming in 2004

BERT HOFFMANN

THE POLITICS OF THE INTERNET IN THIRD WORLD DEVELOPMENT

Political Challenges in Contrasting Regimes. Case Studies of Costa Rica and Cuba

Routledge (New York)

LATIN AMERICAN STUDIES: SOCIAL SCIENCES & LAW DISSERTATION SERIES

GENERAL SERIES EDITOR: DAVID MARES

Table Of Contents

Chapter 1: Introduction

Part 1: Third World Development and NICT in Political Perspective

Chapter 2: The New Information and Communication Technologies (NICT) – A Global View

Chapter 3: NICT in Third World Development:
Political Issues in a Transformed Telecommunications Regime

Part 2: Latin America's 'Mixed Model': Costa Rica

Chapter 4: The Costa Rican Development Model and its Telecommunications Regime

Chapter 5: Active NICT Development by State Monopoly: A New Costa Rican Model?

Part 3: Latin America's 'Socialist Model': Cuba

Chapter 6: Cuba's State-Socialist Development Model and its Telecommunications Regime

Chapter 7: From the Rejection of the Internet to the 'Informatization of Society':
A Political Anatomy of Change

Chapter 8: The Politics of the Internet in Third World Development:
Conclusions in Comparative Perspective

Autorennotiz:

Bert Hoffmann ist Politikwissenschaftler am Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg und hat zum Thema der politischen Implikationen der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in Ländern der Dritten Welt promoviert.

Homepage: www.duei.de/iik/hoffmann; E-Mail: hoffmann@iik.duei.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

Roman Herzog / Bert Hoffmann / Markus Schulz (Hrsg.)

Internet und Politik in Lateinamerika
Regulierung und Nutzung der Neuen Informations- und
Kommunikationstechnologien im Kontext der politischen
und wirtschaftlichen Transformationen

Frankfurt/Main: Vervuert 2002,
Edition in sechs Bänden (I-VI), 590 S., € 68,-
ISBN 3-89354-602-2

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg,
Band 55 (I-VI)

Das Buch analysiert die Ausbreitung, Regulierung und Nutzung der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in Lateinamerika im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Transformationen. Präsentiert werden die Ergebnisse eines 2½-jährigen Forschungsprojekts in fünf umfassenden Länderstudien (Argentinien, Costa Rica, Kuba, Mexiko und Peru) und in vergleichender Perspektive. Untersucht werden die zentralen Akteure und Probleme der neuartigen Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Gefragt wird dabei insbesondere, inwieweit das Internet den Ländern des Südens neue Entwicklungschancen eröffnet, aber auch, welche Gefahren und Bedrohungen zu erkennen sind.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE
Alsterglaxis 8, 20354 Hamburg,
Tel. 040/41 47 82 27 – Telefax 040/41 47 82 41
E-Mail: publications@iik.duei.de – Internet: <http://www.duei.de/iik>